Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener

# Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 2054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 336 | Montag, den 3. Dezember | Jahrgang 1928

# Ende des Eisenkonflikts.

## Auch die Gewerkschaften überlassen Severing die Entscheidung über Arbeitslohn und Arbeitszeit.

### Der Beschluß der Metallarbeiterverbände.

= **Essen, 2. Dez.** In der großen Delegiertenkonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes, die Sonntag nachmittag in Essen tagte, wurde gegen Abend nahezu einstimmig der Beschluß gefaßt, den Vorschlag der Reichsregierung zur Beilegung des Konfliktes in der Eisenindustrie anzunehmen und einer Vermittlungsaktion Severings ohne Vorbehalte zuzustimmen. An die Reichsregierung wurde folgendes Telegramm gesandt:

Hauptvorstand und Bezirksdelegiertenkonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes stellten heute ihr Einverständnis zu der Stellungnahme der Beauftragten des Verbandes vom 30. Nov. 1928 fest und haben beschlossen, den Vorschlag der Reichsregierung für die Beilegung des Eisenkonflikts anzunehmen.

Der Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter Hirsch-Dunker hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gesandt:

Die Konferenz des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter stimmt der Vermittlungsaktion der Reichsregierung zu.

Bei den Verhandlungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes machten sich nicht geringe Widerstände bemerkbar. Schließlich wurde aber nach 4½stündiger Beratung die Vermittlungsaktion der Reichsregierung mit 25 gegen 14 Stimmen kurz vor 8 Uhr angenommen.

Sonach haben sich alle drei an dem Eisenkonflikt Nordwest beteiligten Gewerkschaften mit der Vermittlungsaktion der Reichsregierung einverstanden erklärt.

*

### Die Betriebe wieder geöffnet.

+ **Düsseldorf, 2. Dez.** Die Arbeitgebergruppe Nordwest teilt mit: Nachdem die beiden Parteien des bisherigen Arbeitskampfes auf Vorschlag des Herrn Reichskanzlers vereinbart haben, die endgültige Entscheidung über Arbeitslohn und Arbeitszeit dem Herrn Reichsinnenminister Severing zu überlassen, hat der Arbeitgeberverband Nordwest beschlossen: 1. Die Betriebe werden wieder geöffnet. 2. Die Einstellung erfolgt nach Maßgabe der Betriebsmöglichkeiten.

*

### Schiedsspruch kaum vor Ende der Woche.

# **Berlin, 2. Dez.** Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet:

„Der Reichskanzler hat sich am Sonntag abend, als ihm das Ergebnis der Revierkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes offiziell unterbreitet wurde, sofort mit dem Reichsminister des Innern in Verbindung gesetzt und ihm das Amt des Vermittlers angetragen. Der Reichsminister des Innern hat sich bereit erklärt, die ihm angetragene Aufgabe zu übernehmen. Severing wird bereits am Montag nachmittag in das Ruhrgebiet abreisen, um sich mehrere Tage an Ort und Stelle über die Lage zu unterrichten. Der neue Schiedsspruch dürfte kaum vor Ende der Woche gefällt werden."

*

### Kundgebung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

× **Essen, 2. Dez.** Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt nach eingehender Beratung der Aussperrung im Ruhrgebiet: Die Aussperrung, von den Unternehmern unter Verletzung des geltenden Rechts vorgenommen, ist ein Kampf gegen die Schlichtungsordnung und ihre Anwendung durch die Regierung, ist ein Kampf gegen das Recht des Staates auf Beeinflussung der Wirtschaft. Daraus ergibt sich für die Reichsregierung die Pflicht, dem Recht und dem Gesetz auch gegen die Unternehmer Geltung zu verschaffen zur künftigen Sicherung des ganzen Rechtslebens. Nicht nur um die im Schiedsspruch ausgesprochene Lohnerhöhung hat der Deutsche Metallarbeiterverband den aufgezwungenen Kampf geführt, sondern zugleich um die Erhaltung dieses öffentlichen Rechts. Umsomehr mußte seine Aufgabe von der Reichsregierung anerkannt und unterstützt werden. Die von der Regierung jetzt unternommene Vermittlungsaktion kann als eine Unterstützung des Rechts nicht anerkannt werden. Für die sich notwendiger Weise ergebenden Folgen für das ganze Rechtsleben lehnt der Deutsche Metallarbeiterverband die Verantwortung ab. Weil der Deutsche Metallarbeiterverband dem in Aussicht genommenen Vermittler, dem Reichsminister Severing, mit dem größten Vertrauen gegenübersteht, sieht er sich außerstande, die Vermittlungsaktion abzulehnen. In dieser Zwangslage wird aber der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der materielle Inhalt des verbindlich erklärten Schiedsspruches erhalten bleibt.

*

### Die Unterstützung der Ausgesperrten.

:: **Berlin, 2. Dez.** Gegenüber den Erörterungen, die sich an die Tätigkeit der interministeriellen Kommission anknüpfen, die die Auswirkung der Unterstützungsaktion zugunsten der Ausgesperrten prüfen sollte, stellt der Amtliche Preußische Pressedienst fest: Die in Essen unter Vorsitz des preußischen Wohlfahrtsministers Dr. Hirtsiefer aufgestellten Richtlinien sind unter Beteiligung von Vertretern des Reichsinnen-, Arbeits- und Finanzministers und des preußischen Innen- und Finanzministers aufgestellt worden, ohne daß von diesen gegen ihren Inhalt Bedenken erhoben worden sind. Die in der Presse mitgeteilten Einzelfälle von Ueberschreitungen des früheren Lohnes sind derart, daß jeder Sachkenner sie als Ausnahmefälle erkennen muß, denn die Ueberschreitung ist dadurch bedingt, daß die Unterstützungsempfänger neben den öffentlichen Unterstützungen und etwaigen der Gewerkschaften noch öffentliche rechtliche Rentenbezüge aufgrund von Kriegsbeschädigungen, Unfällen oder sonstiger Erwerbsbeschränkung haben. Solche Fälle können naturgemäß nur einzeln vorkommen. Abgesehen hiervon kann die Summe der Bezüge den Lohn überhaupt nur bei den Organisierten überschreiten, aber auch unter diesen ist nach der Höhe der öffentlichen Unterstützungen und der Gewerkschaften eine Ueberschreitung überhaupt nur möglich, wenn der Ausgesperrte verheiratet ist und mindestens zwei Kinder hat und verhältnismäßig gering entlohnt war. Da die Organisierten nur die Minderheit der Ausgesperrten bilden und von ihnen hiernach auch nur ein verhältnismäßig geringer Bruchteil für eine Ueberschreitung des Lohnes in Frage kommen kann, entbehren Angaben, nach denen 25—30 Proz. aller Ausgesperrten sich zurzeit ebenso gut oder zum Teil besser ständen, als zur Zeit der Arbeit, jeder tatsächlichen Grundlage und sind geeignet, die öffentliche Meinung irrezuführen.

### Die kommunalen Aufwendungen.

+ **Arnsberg, 2. Dez.** Die Auswirkungen der Aussperrung innerhalb des Regierungsbezirkes Arnsberg bilden eine schwere Belastung der ohnehin nicht rosigen Finanzlage. So leisteten z. B. Aufwendungen infolge der Aussperrung:

Bochum: vom 19.—24. November ca. 140 000 Mk., vom 26. November bis 1. Dezember 245 000 Mk. gemäß den amtlichen Richtsätzen; hinzukommen an besonderen Leistungen (Barunterstützungen, Sachlieferungen, wie Milch usw.) vom 19.—24. November 14 000 und vom 26. Nov. bis 1. Dez. 24 500 Mk.

Dortmund zahlt allein gemäß den amtlichen Richtsätzen pro Woche 380 000 Mk., Hamm fast 50 000 Mk., Herne fast 35 000 Mk., Lünen stark 10 000 Mk., Witten allein gemäß den amtlichen Richtsätzen in der Zeit vom 19.—24. Nov. 38 000 Mk. und vom 26. Nov. bis 1. Dez. stark 60 000 Mk.

Von den Landkreisen ist am meisten belastet der Kreis Hattingen, der allein gemäß den amtlichen Richtsätzen pro Woche 84 000 Mk. auszahlen muß. Der Landkreis Hörde wendet pro Woche ca. 52 000 Mk., der Landkreis Bochum fast 20 000 Mk., der Landkreis Hamm fast 18 000 Mk., der Landkreis Lippstadt fast 11 000 Mark auf.

Die Gesamtaufwendungen für die 70 000 Ausgesperrten innerhalb des Regierungsbezirkes Arnsberg belaufen sich pro Woche auf fast 1,5 Millionen, wovon annähernd 1 100 000 Mk. gemäß den amtlichen Richtsätzen und etwa 300 000 bis 400 000 Mk. an sonstigen Zuwendungen gezahlt bezw. an Sachlieferungen geleistet werden.

Die Kommunen werden also auf das äußerste, teilweise über ihre Leistungsfähigkeit belastet, wenn auch das Reich aus dem angesetzten Sonderfonds 15 Prozent der Gelder zurückerstattet, die gemäß den amtlichen Richtsätzen geleistet werden. Rechnet man hinzu die nur ungefähr zu schätzenden Ausfälle an Steuern usw., betrachtet man weiter die schwierige Lage, in der seit Jahren Handel und Gewerbe durch Demobilmachung, Kapp-Putsch, Inflation, Bergarbeiterstreik usw. gestanden haben, dann erst bekommt man annähernd ein Bild von der sozialen Not und sozialen Belastung, unter der heute die Allgemeinheit zu leiden hat.

### Die Kosten der Aussperrung.

Dem Eingreifen der Reichsregierung in den Eisenkonflikt ist Erfolg beschieden. Wie die Arbeitgeber haben sich auch die Gewerkschaften am gestrigen Sonntag entschlossen, den Vermittlungsvorschlag der Regierung anzunehmen. Das Ende der Aussperrung ist darauf von der Arbeitgebergruppe Nordwest verkündet worden. Reichsinnenminister Severing wird sich sogleich an die Arbeit machen, die Unterlagen, die ihm die Arbeitgeber zur Einsichtnahme in die Rentabilität ihrer Betriebe unterbreiten wollen, zu prüfen und danach einen neuen Schiedsspruch zu fällen, dem Arbeitgeber und Gewerkschaften sich unterwerfen werden. Neben der Lohnfrage soll auch die Arbeitszeitfrage zugleich geregelt werden.

Man sieht somit dicht am Ende eines schweren wirtschaftlichen Kampfes, der, falls die freien Gewerkschaften, wofür Gefahr vorhanden war, den Vermittlungsvorschlag der Reichsregierung abgelehnt hätten, unzweifelhaft zu einer schweren Staatskrise geführt haben würde. Die Frage liegt nunmehr nahe, wie hoch sich die Kosten dieses Streites belaufen, welchen Schaden er der deutschen Volkswirtschaft zugefügt hat. Die Antwort auf diese Frage sucht Dr. Richard Lewinsohn in der „Vossischen Zeitung" zu geben. Er geht bei seiner Berechnung davon aus, worum es bei dem Konflikt ging. Seinen Ausgangspunkt bildete bekanntlich der für verbindlich erklärte Schiedsspruch, der nach den Angaben der Arbeitgeber eine Lohnerhöhung von 4—5 Prozent bewirken würde. Nach den Berechnungen des Reichsarbeitsministeriums, die dann unwidersprochen geblieben sind, beträgt die umstrittene Lohnerhöhung 3—4 Proz. Die jährliche Lohnsumme der ausgesperrten Arbeiter macht — unter Zugrundelegung eines Wochenlohnes von 50 Mark — rund 600 Millionen Mark aus. Die strittige Lohnerhöhung würde sich also auf 20 Millionen, höchstens auf 25 Millionen Mark im Jahr belaufen. Das ist das Streitobjekt. Nach der Auffassung Lewinsohns machen die umstrittenen 20 Millionen kaum 1 Proz. der Selbstkosten in der nordwestdeutschen Eisenindustrie aus.

Was steht nun, rein finanziell gesehen, diesem Kampfpreis an Kriegskosten gegenüber. Lewinsohn beantwortet diese Frage wie folgt:

Am klarsten lassen sich die Ausgaben und Verluste der Arbeiterschaft übersehen. Von den 250 000 ausgesperrten Arbeitern sind nur 50 000 bis 60 000 organisiert. Die Gewerkschaften haben ihren Mitgliedern vom ersten Tage der Aussperrung an Unterstützungen gezahlt, im Durchschnitt 20 bis 25 Mk. die Woche. Das bedeutet für die ausgesperrten Gewerkschaftsmitglieder insgesamt etwa 1¼ Millionen Mark wöchentlich oder in dem ganzen Aussperrungsmonat 5 Millionen Mark. Sehr viel höher wären die Kriegskosten, wenn man auf der Seite der Arbeitnehmer die Unterstützungen des Reiches mitberücksichtigt. Die 20 Millionen Mark, die der Reichstag für die ausgesperrten Arbeiter bewilligt hat, würden höchstens für vier Wochen reichen. Bis jetzt ist wohl schon mehr als die Hälfte des Reichsfonds in Anspruch genommen worden. Schließlich kann man auch mit Sicherheit annehmen, daß die Ersparnisse, namentlich der nicht organisierten Arbeiter, angegriffen und zum größten Teil schon aufgezehrt sind. Exakt läßt sich dieser Posten in der Kriegsbilanz nicht beziffern, aber wenn man die Lebensmittelvorräte mitansetzt, werden mehrere Millionen Mark gewiß schon verbraucht sein. Dazu kommen dann noch die Schulden, insbesondere rückständige Mieten für den neuen Monat, die die Arbeiter eingehen mußten, um notdürftig leben zu können. Insgesamt wird man die Ausgaben der Arbeiterschaft, denen, erzwungenermaßen, keine Arbeitsleistung gegenübersteht, einschließlich der öffentlichen Unterstützungen während des vergangenen Aussperrungsmonats mit rund 20 Millionen Mark beziffern können.

Der normale Arbeitslohn der ausgesperrten Viertelmillion beträgt monatlich etwa 50 Millionen Mark, die Summe, die ihnen während des Aussperrungsmonats zur Verfügung stand, 20 Millionen Mark. 30 Millionen also sind an Kaufkraft verloren gegangen, und dieser Verlust wirkt sich auf den gewerblichen Mittelstand im Ruhrbezirk, auf den Handel und von da auf die verschiedensten Industrien aus. Da die entgangenen Arbeitslöhne bei der bestehenden Rechtslage wohl in keinem Fall zurückerstattet werden, ist der Verlust an Kaufkraft ein Minus, das sich nicht wieder einholen läßt. Der Verlust fällt um so schwerer ins Gewicht, als er die Kaufleute in einer saisonmäßig sonst günstigen Konjunktur trifft und bei gefüllten Winterlägern die Generalunkosten besonders hoch sind. Die unvermeidliche Folge werden Zahlungsstockungen aller Art sein.

Viel schwerer ist es, die Kriegskosten auf der Seite der Aussperrer zu erfassen. Die Unternehmer der Eisenindustrie sparen während der Aussperrung die Arbeiterlöhne, die Rohstoffe und einen Teil der Betriebskosten. Die fixen Kosten, die weiterlaufen, bestehen vor allem aus dem Kapitaldienst und den Gehältern der Angestellten. Die Eisenunternehmungen im Aussperrungsgebiet sind zum weitaus größten Teil Aktiengesellschaften. Etwa 215 000 von den ausgesperrten 250 000 Arbeitern entfallen auf Aktienunternehmungen. Das erfaßbare investierte Kapital dieser Gesellschaften setzt sich aus etwa 1,8 Milliarden Mark Aktien-

# Chile wieder von einem schweren Erdbeben heimgesucht.

### 300 Tote in zwölf Städten.

+ **Santiago, 1. Dez.** Die Orte Talca und Chillan sind kurz nach Mitternacht von einem heftigen Erdbeben heimgesucht worden. Es wird befürchtet, daß zahlreiche Personen den Tod gefunden haben und daß großer Sachschaden entstanden ist. Die telephonische und telegraphische Verbindung mit den betroffenen Orten ist unterbrochen.

⊠ **Santiago, 1. Dez.** Eine Meldung aus dem Bergwerk Braden der Kupfergesellschaft besagt, daß in Barahona 17 und in Quinta fünf Personen umgekommen sind. Der Bahnhof von Quinta ist zerstört. Die Erdstöße wurden auch in Santiago und Valparaiso verspürt, jedoch ist dort der Sachschaden nur gering. In Santiago wurde das Erdbeben 12 Uhr 11 Minuten nachts wahrgenommen und währte über eine halbe Minute. In Santiago in Automobilen eingetroffene Personen berichten, daß die Stadt Santa Cruz zerstört und die Städte Curico und Talca schwere Beschädigungen erlitten haben. Der Kriegsminister ist im Flugzeug zur Besichtigung des Erdbebengebiets nach Talca abgereist. Die Truppen der benachbarten Garnisonen wurden zu Rettungsarbeiten aufgeboten. Von verschiedenen Behörden wurde die Verhängung des Belagerungszustandes über die heimgesuchten Distrikte nachgesucht.

× **Santiago, 2. Dez.** Soweit die infolge der Zerstörungen der Leitungen nur unvollständigen Berichte eine Beurteilung des von dem Erdbeben verursachten Schadens zulassen, kann die Zahl der Toten auf annähernd 300 und die der Verletzten auf mehrere Hundert beziffert werden. Zwölf Städte von Südchile sind in Mitleidenschaft gezogen. Besonders schwer hat Talca gelitten, wo die Zahl der Toten 100 überschreitet. Der Kriegsminister, der im Flugzeug dort eingetroffen ist, beschreibt Talca als eine Ruinenstadt, deren Straßen mit Toten und Verletzten gefüllt seien. Wer fliehen könne, suche Zuflucht auf den Feldern. Der Schaden auf dem Lande ist noch unübersehbar, da die Brücken und Straßen zerstört sind und der Verkehr dadurch behindert ist. Das Arbeiterlager des Teniente-Bergwerks, einer amerikanischen Kupfergesellschaft, ist durch die Wassermassen eines Reservoirs vernichtet worden, die infolge eines Dammbruches talabwärts fluteten und Brücken und Häuser mitrissen. Die Zahl der Toten in diesem Tal wird auf 50 geschätzt. Weitere durch Flieger und einen improvisierten Funkdienst eingehende Berichte melden, daß die Erdstöße in Talca fortdauern, wo noch 12 Stunden nach dem Beginn des Erdbebens Gebäude durch Erdstöße zum Einsturz gebracht worden sind. Präsident Ibanez ist in die von der Katastrophe heimgesuchte Gegend abgereist, wohin Kriegsschiffe, Truppen und Flieger zur Hilfeleistung entsandt worden sind.

*

### Ueberall schwere Verwüstungen.

:: **London, 2. Dez.** Die aus Santiago de Chile in Newyork eingegangenen Mitteilungen über das Ausmaß der Erdbebenschäden in Chile, in denen von 1500 Toten gesprochen wird, finden durch direkte Berichte vorläufig noch keine Bestätigung. Das chilenische Außenministerium gibt bekannt, daß in Talca bisher 56 Leichen geborgen wurden, daß aber nach Angaben der Truppen, die mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt sind, mit einer beträchtlichen Erhöhung der Zahl zu rechnen sein wird. Aus Santa Cruz werden bisher 13 Todesopfer gemeldet mit sehr bedeutendem Sachschaden. Auch in Peralillo sind die Erdbebenschäden sehr bedeutend. In Barahona wird die Zahl der Toten mit 45 angegeben. Reisende des ersten vom Süden nach Norden abgegangenen Zuges sprechen davon, daß in Talca wenigstens 200 Tote oder Verletzte seien, während in Curico keine Menschenverluste zu beklagen sind. Ein in Santiago de Chile von einer Farm in der Nähe von Curico eingetroffener Farmer berichtet, daß die Regierungsgebäude in Curico und der Union-Club zerstört wurden. Eine genaue Zahl der Opfer könne er nicht angeben, glaube aber, daß das Erdbeben ebenso heftig gewesen sei, wie das im Jahre 1906, bei dem 1500 Personen getötet wurden. Auf diese Annahme gehen offenbar die Berichte zurück, die bereits in bestimmter Form von 1500 Toten sprachen. Weitere Berichte aus Santiago besagen, daß die Stadt Talca, die etwa 35 000 Einwohner zählt, vollkommen zerstört ist. Nur ein einziges Gebäude blieb verschont. Das chilenische Kriegsministerium veröffentlicht ein Telegramm des Obersten Quevedo aus Talca, das lautet: „Erdbeben um 12,07 Uhr erreichte bedeutende Ausmaße; zahlreiche Tote und Verletzte. Viele öffentliche und private Gebäude müssen wegen drohenden Zusammensturzes sofort eingerissen werden. Fachpersonal für diese Zwecke und Aufräumungsarbeiten zur Freimachung der Toten benötigt."

kapital und 600 Millionen Anleihen zusammen. Und wenn man die übliche Verzinsung dieser 2,4 Milliarden — Dividende und Zinsendienst — mit 6 bis 7 Proz. annimmt, so ergibt sich eine Zinsbelastung von rund 150 Millionen Mark jährlich oder für den Aussperrungsmonat mit mindestens 12 Millionen Mark.

Noch schwerer zu bestimmen sind die Kosten der fortlaufenden Angestelltengehälter. Der Anteil der Angestelltenzahl an der Gesamtbelegschaft ist bei den Werken außerordentlich verschieden, bei Krupp beispielsweise soll etwa ein Sechstel der Beschäftigten im Angestelltenverhältnis stehen, bei den Vereinigten Stahlwerken und anderen Großbetrieben sollen die Angestellten nur 10 Proz. der gesamten Belegschaft umfassen. Dafür muß man berücksichtigen, daß die Angestellten weiterarbeiten, daß sie hier und da zu Notstandsarbeiten in den Werken herangezogen werden, daß man in den Büros jetzt nacharbeitet und wohl, soweit es möglich ist, auch Vorratsarbeiten macht. Trotzdem wird ein sehr erheblicher Teil der Angestelltengehälter während des Aussperrungsmonats als Verlust zu buchen sein.

Unter den übrigen fixen Kosten spielt die Unterhaltung der Werkanlagen und besonders der Vorratsläger außerhalb der Werke eine beträchtliche Rolle. In den ersten Tagen der Aussperrung wiesen gerade die Arbeitgeber auf die hohen Unkosten hin, die ihnen aus der Einlagerung der Erzvorräte im Inland und namentlich in ausländischen Hafenplätzen erwachsen. Alle diese nutzlosen Kosten zusammengenommen überschreiten jedenfalls den 20 Millionen-Betrag, den die durch den Schiedsspruch festgesetzte Lohnerhöhung während eines vollen Jahres ausgemacht hätte.

Allerdings, so schließt Dr. Lewinsohn seine Berechnung, haben die Arbeitgeber von der Aussperrung zweifellos privatwirtschaftlich auch ihre Vorteile. In dem soeben veröffentlichten Vierteljahrsheft des Instituts für Konjunkturforschung ist mit Recht hervorgehoben worden, daß es im Wesen des kontinuierlichen Walzprogramms steht, möglichst große Mengen in einer Fertigung herzustellen. Das Interesse daran ist noch größer, weil im Gegensatz zur Vorkriegszeit bei rückläufiger Konjunktur die Auftragsbestände nicht mehr allmählich abbröckeln, sondern „stufenartig" zurückgehen. „Dies hat zur Folge, daß bei rückgängiger Konjunktur die Werke sich bemühen, ihre Anlagen solange wie möglich voll auszunutzen, um später notfalls zur Stillegung von ganzen Betriebseinheiten zu schreiten." Die Stillegung kann demnach betriebstechnisch für einen Teil der Eisenindustrie ein ganz gutes Geschäft sein; ein besseres, als die kontinuierliche Aufrechterhaltung der Werke bei sinkender Konjunktur.

Nicht berücksichtigt hat Dr. Lewinsohn in seiner Kostenberechnung die Rückwirkung der Aussperrung auf den Kohlenbergbau. Nach der Mitteilung des Landesarbeitsamtes Westfalen beträgt seit Beginn des Arbeitskampfes bis zum 24. November gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vormonats der Ausfall in der gesamten Kohlenförderung rund 800 000 Tonnen, der Ausfall in der Koks-erzeugung rund 440 000 Tonnen. An Feierschichten infolge Absatzmangels sind in diesem Zeitraum insgesamt 464 988 eingelegt worden, was einem Lohnausfall von 4 Millionen Mark gleichkommt. Inzwischen sind seit dem 24. November wieder acht Tage verflossen, sodaß man den Lohnausfall im Kohlenbergbau mit rund 5½ Millionen Mark nicht zu gering anschlagen wird. Diese Summe ist also den von Dr. Lewinsohn geschätzten 30 Millionen Mark an verloren gegangener Kaufkraft noch hinzuzurechnen.

Wenn nunmehr nach fast fünfwöchiger Ruhe die Betriebe wieder geöffnet werden, so versteht man, daß angesichts der kolossalen wirtschaftlichen Schädigung, die die Aussperrung weit über den Kreis der Ausgesperrten hinaus in dem Gebiet der Gruppe Nordwest und für die gesamte deutsche Volkswirtschaft zur Folge gehabt hat, ein allgemeines Aufatmen nach den Entscheidungen des gestrigen Sonntags sich hörbar machen wird. Aber die Auswirkungen der Aussperrung werden sich noch länger empfindlich bemerkbar machen. Insbesondere werden darunter die Geschäftsleute, die ihre Hoffnung auf das Weihnachtsgeschäft gestellt hatten, arg betroffen. Ferner wird man die Spuren des Kampfes noch bei den nächstjährigen Etatsberatungen der Kommunen des Aussperrungsgebietes gewahr werden. Wie schwer die Finanzen dieser Gemeinden dadurch in Mitleidenschaft gezogen worden sind, haben die dieser Tage hier veröffentlichten Bemerkungen des Bochumer Bürgermeisters Dr. Geyer deutlich dargelegt. Das überaus Betrübenswerte bei alledem ist, daß es sich hätte vermeiden lassen, da es den Arbeitgebern möglich gewesen wäre, ihren Rechtsstandpunkt zur richterlichen Entscheidung zu bringen, ohne daß der Volkswirtschaft solche Schäden zugefügt und die sozialen Spannungen so außerordentlich verstärkt wurden. Sicher wird noch lange Zeit darüber vergehen, ehe sich die Verbitterung legt, die diese Kraftanstrengung der Eisenindustriellen in den direkt oder indirekt betroffenen Bevölkerungskreisen hervorgerufen hat.

## Forderungen der Bayrischen Volkspartei.

### „Gegen Fortsetzung der Aushöhlungs- und Aushungerungspolitik."

◇ **München**, 2. Dez. Am Schluß des Parteitages der Bayrischen Volkspartei wurden am Sonntag mehrere Anträge einstimmig angenommen, deren wichtigster Inhalt in folgenden Forderungen enthalten ist:

Die Fraktionen der Bayrischen Volkspartei sind gehalten, bei jeder Beteiligung an einer Koalition im Reich und im Land folgende Richtlinien zu verlangen:

1. Die Integrität der Länder als solche muß unbedingt anerkannt und aufrechterhalten bleiben. Die Koalition hat sich zu verpflichten, jede Fortsetzung der Aushöhlungs- und Aushungerungspolitik abzulehnen und zu bekämpfen.

2. Es muß Uebereinstimmung unter den Koalitionsparteien darin bestehen, daß die Rechtsansprüche Bayerns und der anderen süddeutschen Länder gegen das Reich, die sich aus Verträgen und Gesetzen ergeben (Staatsbahnvertrag, Staatspostvertrag, Biersteuergemeinschaft usw.) nun endlich von der Reichsregierung anzuerkennen und mindestens in den Zinszahlungen durchzuführen sind.

3. Es muß Uebereinstimmung unter den Koalitionsparteien bestehen, daß eine Verschlechterung des Finanzausgleiches für die Länder nach irgendwelcher Richtung ausgeschlossen sein muß. Es ist sogar eine Verbesserung anzustreben.

## Die Abfindung der Standesherren.

◇ **Berlin**, 2. Dez. Wie verlautet, ist im Reichsjustizministerium nunmehr der Gesetzentwurf über die Abfindung der Standesherren fertiggestellt worden. Der Gesetzentwurf wird in den nächsten Tagen dem Kabinett zugeleitet werden. Es soll gelungen sein, in den Verhandlungen mit Preußen eine völlige Einigung zu erzielen.

# Die Ratstagung in Lugano.

## Verhandlungen im Kursaaltheater.

△ **Genf**, 2. Dezember.

Nachdem jetzt von sämtlichen Ratsmitgliedern zur Verlegung der am 10. Dezember beginnenden Tagung des Völkerbundsrates nach Lugano zustimmende Antworten eingetroffen sind, hat das Völkerbundssekretariat gestern nachmittag 4 Uhr folgende amtliche Erklärung ausgegeben:

„Der amtierende Präsident des Völkerbundsrates Procope-Finnland hat auf Grund einer Anregung des deutschen Ratsmitgliedes Dr. Stresemann, der Gesundheitsgründe und den großen Wert, den er einem Zusammentreffen mit seinen Kollegen beilegt, anführte, bei allen Ratsmitgliedern eine Umfrage veranstaltet, ob es möglich wäre, diesmal die Dezembertagung in Lugano abzuhalten. Angesichts der einmütigen Uebereinstimmung des Völkerbundsrates wird seine 53. Tagung in Lugano stattfinden.

Nachdem die Schweizer Regierung vom Generalsekretär befragt worden war und sich bereit erklärt hatte, dem Völkerbund für eine Tagung in Lugano alle Erleichterungen zu gewähren, hat der Generalsekretär im Einvernehmen mit den schweizerischen Bundesbehörden alle notwendigen Maßnahmen ergriffen, um in Lugano eine gute Abwickelung der Arbeiten des Völkerbundsrates und die Oeffentlichkeit seiner Beratungen zu sichern."

Die Sitzungen des Völkerbundsrates werden im Kursaaltheater abgehalten. Die deutsche Delegation wird, wie man annimmt, Zimmer im Grand-Hotelpalast belegen.

# Die Mittelstädte des Industriegebiets zur Umgemeindung.

## Eine Kundgebung an das Innenministerium.

# **Wattenscheid**, 2. Dez. Die auf Einladung der Mittelstadtpresse heute versammelte Arbeitsgemeinschaft der Mittelstädte im Ruhrgebiet hat sich erneut mit dem Umgemeindungsproblem befaßt, und zwar in Anwesenheit von Abgeordneten, von Führern der Wirtschaft, des Mittelstandes und der Gewerkschaften, wie auch von Oberbürgermeistern und Bürgermeistern der durch die neu geplante Umgemeindung betroffenen Mittelgemeinden in Rheinland und Westfalen. Die stark besuchte Versammlung nahm einstimmig die nachstehende Entschließung an:

„Aus allen Kreisen der Bevölkerung sind zahlreiche Aeußerungen des Befremdens und der Mißstimmung laut geworden über die Tatsache, daß der preußische Minister des Innern bislang in Sachen der Umgemeindung ausdrücklich verfügt hatte, niemanden der beteiligten Kreise empfangen zu wollen und trotzdem jüngst nach unwidersprochenen Meldungen der Presse mit den Oberbürgermeistern der beteiligten Großstädte längere Besprechungen gepflogen hat. Zudem bleibt das Ergebnis der Besprechung streng geheim, sodaß die Mittelgemeinden sich nicht einmal gegen die Großstädte sachlich verteidigen können. Auch war die Oeffentlichkeit in den Mittelstädten über den Probeentwurf, den das Innenministerium über die Umgemeindung veröffentlichte, enttäuscht. Wie sehr wir auch immer die Tatsache begrüßen, daß mehrere Mittelstädte bestehen bleiben sollen, so beklagen wir es nichtsdestoweniger lebhaft, daß sie nicht verstärkt und vergrößert werden sollen, daß andere Mittelstädte den Großstädten geopfert, wieder andere gar nicht gebildet werden sollen. Wir müssen unter diesen Umständen an das Innenministerium die Bitte richten, nunmehr auch die Vertretungen der Mittelstädte und neu zu gründenden Mittelstädte zu empfangen und ihrer Sache dasselbe Wohlwollen entgegenzubringen wie den Großstädten. Wir erblicken in dem Umstand, daß die gesamten großen umzugemeindenden Landkreisgebiete des Ruhrbezirks fast ausschließlich den Großstädten zugeteilt und daß dabei die Mittelstädte nach dem Probeentwurf des Herrn Ministers nach keiner Richtung hin mit Landzuwachs bedacht werden sollen, eine schwere Ungerechtigkeit. Durch die bisherigen gesetzlichen Grenzumänderungen haben die Großstädte von Rheinland und Westfalen bereits ihr Stadtgebiet um das Mehrfache vergrößern können, während die Mittelstädte, welche der Unterstützung wohl mehr bedürfen als die Großstädte, eine gleichermaßen günstige Zuteilung zu vermissen haben, obwohl die Existenz- und Entwicklungsmöglichkeit der Mittelstädte erwiesen ist. Daher muß insbesondere auch der Gedanke der Wiedereinkreisung von Städten mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden und ebenfalls die Möglichkeit der Auskreisung von Städten bestehen bleiben. Namens der Oeffentlichkeit und aller beteiligten Kreise bitten wir somit heute den Herrn Minister des Innern auf das dringendste, den Anträgen stattzugeben, die von den Verwaltungen aller bestehenden und neu zu bildenden Großstädte eingereicht worden sind."

## Beginn der passiven Resistenz im österreichischen Postbetrieb.

◉ **Wien**, 2. Dez. Da in der Angelegenheit der Gehaltsforderungen bis heute abend von keiner Seite ein Versuch gemacht worden ist, mit den Gewerkschaften der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten neuerlich in Verbindung zu treten, wird um Mitternacht die angekündigte passive Resistenz in den in Betracht kommenden Betrieben einsetzen. Der 25er-Ausschuß als Vertreter der Bundesbeamten, der sich in einer Sitzung nochmals mit dem letzten Angebot der Regierung befaßte und seinen Sympathiegefühlen für die Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten Ausdruck gab, hat sich an die politischen Parteien mit der Bitte gewendet, in dem zwischen Beamtenschaft und Regierung ausgebrochenen Konflikt die Stelle des Vermittlers zu übernehmen. Nach den hierauf erteilten Antworten wird allgemein erwartet, daß auf parlamentarischem Boden eine Verständigung gefunden werde.

## Erneute Aussprache v. Hoeschs mit Poincaré.

◉ **Paris**, 1. Dez. In Verfolg seiner früheren Unterredungen hatte der deutsche Botschafter v. Hoesch heute abend eine erneute Aussprache mit dem Ministerpräsidenten Poincaré, in der die noch ungeklärten Punkte in bezug auf die Einsetzung des Sachverständigenausschusses für die Reparationsfrage weiter behandelt wurden.

◆ **London**, 1. Dez. Wie Reuter erfährt, ist im Gange der Erörterungen zwischen den beteiligten Regierungen über die Reparationsfrage keine neue Entwicklung zu verzeichnen. Die Mächte fahren in ihren Verhandlungen über die Abfassung der Antworten auf das deutsche Memorandum fort und erörtern auch verschiedene Verfahrungsfragen im Zusammenhang mit der Bildung des Sachverständigenausschusses. Die englische Regierung hat eine neue Mitteilung der italienischen Regierung erhalten. Wie verlautet, ist die italienische Regierung der Auffassung, daß die Einsetzung des Ausschusses keine Schwierigkeiten bietet.

## Das Befinden des Königs von England.

× **London**, 2. Dez. Nach dem amtlichen Morgenbulletin hatte der König eine ziemlich unruhige Nacht. Die Temperatur ist am heutigen Morgen niedriger und der Infektionsprozeß zeigt eine geringe Besserung.

### Die Rückkehr des Prinzen von Wales.

# **Daressalam**, 2. Dez. Der Kreuzer „Enterprise" mit dem Prinzen von Wales an Bord ist heute vormittag von hier in See gegangen.

## Kleine politische Nachrichten.

### Schwierigkeiten in der Angleichung des österreichischen und deutschen Eherechtes.

= **Wien**, 1. Dez. Der Finanzausschuß des Nationalrates hat den Justizetat verabschiedet. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Angleichung an das deutsche Recht hinsichtlich des Eherechtes wurde mit 13 Stimmen der Christlich-Sozialen und Landbündler gegen 13 Stimmen der Sozialdemokraten und Großdeutschen abgelehnt.

### Zwischenfall im Straßburger Stadttheater.

◆ **Paris**, 1. Dez. „Temps" berichtet aus Straßburg, daß es im Straßburger Stadttheater im Verlaufe einer Aufführung von Schillers Wilhelm Tell, einem Gastspiel von Mitgliedern des Baseler Theaters, zu Zwischenfällen gekommen sei. Während der Rütliszene hätten autonomistische Zuschauer mehrmals den Rütlischwur gemeinsam wiederholt. Diese Demonstration habe Widerspruch bei den anderen Zuschauern ausgelöst.

### Neue Demonstrationen gegen Frankreich.

● **Rom**, 2. Dez. Am Sonnabend vormittag fanden neue Demonstrationen der Studentenschaft gegen Frankreich statt. Ausschreitungen sind nicht zu befürchten, da die Straßen um die französische Botschaft nach wie vor von starken Militär- und Polizeiabteilungen abgesperrt sind. Wie gestern hört man auch heute Schmähruse gegen Frankreich. Die Demonstranten trugen Plakate und Fahnen.

### Die rumänische Nationalbank erkennt das Berliner Abkommen an.

♥ **Bukarest**, 1. Dez. Wie die Agentur Orientradio mitteilt, hat das Finanzministerium in Berlin ein Schreiben der Nationalbank überreichen lassen, in dem erklärt wird, daß die Nationalbank das Berliner Abkommen anerkennt und ihre vor dem gemischten Schiedsgericht erhobene Klagen gegen die Reichsbank zurückzieht.

## Volkharts Raketenauto auf der Avus

┼ **Berlin**, 2. Dezember.

Nachdem der Düsseldorfer Ingenieur Volkhart am Freitag vor der Polizei Versuche gemacht hatte, führte er heute zum ersten Male seinen Raketenwagen auf der Avus öffentlich vor. Die Vorführung fand allerdings unter starken polizeilichen Beschränkungen statt, so durfte er z. B. nur eine Strecke von 300 Metern zurücklegen, sodaß er die Fahrtgeschwindigkeit nicht voll ausnutzen konnte. Die zu befahrende Strecke war von einer starken Polizeikette und Feuerwehr abgesperrt zum Schutze des Publikums, das infolge des schlechten Wetters auch nicht allzu zahlreich erschienen war.

Kurz vor dem Start trat Volkhart ans Mikrophon, um den Zweck seiner Fahrt mitzuteilen. Er erklärte, zwei Probefahrten heute machen zu wollen, und zwar die erste in langsamer Fahrt, um nachzuweisen, daß der Wagen trotz des starken Antriebes sicher beherrscht werden könne. Die zweite Fahrt solle in schnellerem Tempo etwa 70 bis 80 Km., erfolgen.

**Um 3,15 Uhr erfolgte dann der erste Start.**

Der kleine rote Bugattiwagen, bei dem der Führersitz im Gegensatz zum Opelschen Raketenwagen ganz vorn angebracht ist, fuhr, nachdem drei Raketen abgebrannt waren, wenige Meter und blieb dann stehen. Die nächsten drei Raketen brachten ihn etwas weiter, dann explodierte die vierte, und damit war die erste Fahrt beendet, nachdem aus der Seitenwand des Wagens ein großes Stück herausgerissen worden war.

Volkhart trat dann erneut ans Mikrophon, um mitzuteilen, daß er die zweite Fahrt trotzdem vorführen wolle. Nach halbstündiger Pause und nachdem neue Raketen eingesetzt worden waren, erfolgte denn auch der zweite Start. Volkhart brannte sechs Raketen rasch hintereinander ab und erreichte schließlich eine Geschwindigkeit von ca. 80 Stundenkilometern. Nach jeder Entzündung der einzelnen Raketen war ein kleiner Ruck festzustellen. Volkhart gab am Schluß der Veranstaltung seinen Eindruck wieder, indem er mitteilte, er habe mit seinen Fahrten bewiesen, daß sein Fahrzeug trotz des Rückstoßes von Menschenhand sicher geführt werden könne. Er werde versuchen, hohe und höchste Leistungen diesen ersten Versuchen folgen zu lassen. Er sprach die Hoffnung aus, im kommenden Frühjahr erneut den ersten Probefahrten ausgedehntere Fahrten folgen zu lassen, die sich über eine halbe Stunde und mehr erstrecken würden.

## Raubversuch in einer Bankfiliale.

♥ **Berlin**, 1. Dez. Ein eigenartiger Raubanschlag wurde heute morgen bei der Filiale der Dresdener Bank in der Frankfurter Allee versucht. Kurz nach 9 Uhr erschien am Kassenschalter ein etwa 1,70 m großer Mann in mittlerem Alter und Arbeiterkleidung und legte dem Kassierer, ohne ein Wort zu sagen, einen Zettel auf den Tisch. Auf diesem verlangte er sofort 8000 Mark, widrigenfalls er das Lokal „mit Handgranaten bearbeiten werde". Der Kassierer erklärte dem Manne, daß er den Tresor erst aufmachen müsse und nachsehen wolle, ob er so viel Geld da habe. Zum Schein begab er sich an den Tresor, ging aber darum herum und hinaus und suchte einen Schupobeamten. Als er mit diesem zurückkehrte, waren schon andere Kunden gekommen. Dies hatte den Urheber des Anschlages anscheinend veranlaßt, zu verschwinden. Ob er wirklich Handgranaten bei sich gehabt hat, ist nicht geklärt.

## Die dreißig gefälschten van Goghs.

× **Amsterdam**, 2. Dez. Der Kunsthistoriker Dr. Baart de la Faille hat auf dringende Telegramme der ganzen Welt die Liste der 30 gefälschten Gemälde von van Gogh der Oeffentlichkeit übergeben. In seinem dieser Tage erscheinenden Katalog werden folgende als gefälscht bezeichnet: Nr. 383 Selbstporträt. Nr. 387 Stilleben mit Brötchen. Nr. 418 Seestück. Nr. 421 Häuser in St. Maries. Nr. 521 Selbstporträt van Goghs. Nr. 523 Selbstporträt vor der Staffelei. Nr. 539 Zuave. Nr. 577 Garten. Nr. 614 Zypressen. Nr. 616 Zypressen. Nr. 639 Alpenstraße. Nr. 685 Bauer (nach Millet). Nr. 691 Sämann. Nr. 705 Der Säer. Nr. 713 Olivenbäume. Nr. 729 Landschaft in der Sonne. Nr. 736 Heuschober. Nr. 741 Zypressen. Nr. 812 Felder. Nr. 813 Felder. Nr. 823 Kornfeld. Nr. 824 Landschaft mit Baum. Nr. 418 Boote in St. Maries. Nr. 527 Selbstporträt (mit verbundenem Ohr). Nr. 539 Bildnis eines Zuaven. Nr. 625 Heuschober im Mondlicht. Nr. 681 Stilleben (Vase mit Rosen). Nr. 710 Olivenbäume. Nr. 715 Olivenbäume. Nr. 741 Die zwei Zypressen.

Von diesen Bildern befinden sich die meisten in deutschem Kunstbesitz, und zwar in den Sammlungen Thannhauser-München, Silberberg-Breslau, Gildemeister-Hamburg, Dr. Krebs-Holzdorf, Hugo Perls-Berlin und Otto Wacker-Berlin sowie Matthissen-Berlin. Eine Reihe weiterer angeblich gefälschter Bilder wird registriert unter der Privatsammlung „Schweiz". Dr. de la Faille nahm jedoch an, daß diese Privatsammlung Schweiz identisch sei mit der Sammlung Wacker-Berlin.

### Die unbekannte Herkunft der Bilder.

◆ **Berlin**, 2. Dez. Der Kunsthändler Otto Wacker, der die angeblich gefälschten Bilder van Goghs verkauft hatte, fand sich gestern abend mit seinem Rechtsbeistand im Polizeipräsidium bei Kriminalrat Dr. Ueltzen zu einer Besprechung ein, die aber kein positives Ergebnis zeitigte. Wacker verweigerte die Aussage über die Herkunft der Bilder. Er habe einem Sachverständigen früher einmal zwei Briefe seiner russischen Auftraggeber mit verdeckter Unterschrift vorgelegt, doch habe er die Briefe später vernichtet, um einer mißbräuchlichen Benutzung vorzubeugen. Eine Strafanzeige gegen den Kunsthändler liegt nicht vor. Das von der Kriminalpolizei gesammelte Material wird, einer Korrespondenz zufolge, der Staatsanwaltschaft zugeleitet werden.

## Finanzskandal in Frankreich?

× **Paris**, 1. Dez. Die Pariser Finanz- und besonders Sparerkreise sind durch die Nachricht von der unerwarteten Eröffnung eines Gerichtsverfahrens gegen die „Gazette de France et des Nations" in große Aufregung versetzt worden. Das Blatt erschien seit 1925 in der Form einer Wochenzeitschrift und gab vor, für die Weltfriedensidee zu arbeiten. Bald gliederte sie sich jedoch einer Finanzabteilung an und ging dazu über, in Frankreich wie im Auslande ungefähr 400 Zweigstellen einzurichten, die sich auf alle möglichen Effektengeschäfte einließen und den Kunden hohe Beteiligungsgewinne garantierten. Es wurden feste Gewinne bis zu 48 v. H. versprochen. Die dadurch angelockten Sparer sollen Einlagen in Höhe von 600 Millionen Franken gemacht haben. Die Leitung des Unternehmens bestreitet die Eröffnung jeder gerichtlichen Untersuchung und hält die ganze Angelegenheit für einen geschickt ins Werk gesetzten Racheakt.

# Von Nah und Fern.

### Schaufenstereinbruch bei einem Juwelier.

× **Berlin**, 2. Dez. In der vergangenen Nacht schnitten Einbrecher aus der Fensterscheibe eines Juwelengeschäfts im Westen ein Stück heraus, entfernten mit einer Schere ein Stück aus dem dahinter liegenden Schutzgitter und stahlen für etwa 8000 Mark goldene Zigarettenetuis, goldene Bleistifte und Federhalter und andere Wertsachen.

### Die Wahllisten der Berliner Tischlerinnung verschwunden.

△ **Berlin**, 1. Dez. Die Wahlkonflikte in der Berliner Tischlerinnung sind in ein neues Stadium getreten. Die zur Neuwahl unbedingt benötigten alten Hebelisten sind seit einigen Tagen verschwunden und konnten bis heute, trotz eingehender Nachforschungen durch die Kriminalpolizei, nicht wieder herbeigeschafft werden.

### Wieder auf freien Fuß gesetzt.

┼ **Berlin**, 2. Dez. Der im Zusammenhang mit der Ermordung des Kunstmalers Professor Kurz verhaftete Zimmermann Schlucke ist nach Prüfung des von ihm aufgestellten Alibis wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

### Ein Polizeiauto verunglückt.

◇ **Berlin**, 2. Dez. Heute früh verunglückte im Osten Berlins anläßlich der Begleitung eines Stahlhelmzuges ein Polizeikraftwagen mit Insassen dadurch, daß er infolge des schlüpfrigen Pflasters an einer Straßenecke auf die Holzschwellen eines Untergrundbahnbaues geriet, wobei er umkippte und die Insassen unter sich begrub. Fünf Polizeibeamte wurden dabei mehr oder weniger schwer verletzt. Durch einen anderen Begleitwagen wurde der umgestürzte Wagen aufgerichtet, und die Verunglückten wurden aus ihrer Lage befreit. Sämtliche Verletzte wurden auf der Rettungsstelle verbunden und nach der Unterkunft entlassen.

### Wieder ein Selbstmord eines Oberprimaners.

△ **Kottbus**, 2. Dez. In der elterlichen Wohnung wurde heute früh der 19jährige Oberrealschüler Fritz Gesch von seinen Eltern leblos aufgefunden. Er hatte durch Leuchtgas seinem Leben ein Ende gemacht. Als Ursache der Tat dürfte ein Tadel anzusehen sein, der ihm deshalb ausgesprochen worden war, weil er zu Ostern das Reifezeugnis nicht erhalten sollte. In einem hinterlassenen Brief an die Eltern hat Gesch mitgeteilt, daß sein in Berlin studierender Bruder gemeinsam mit ihm in den Tod gehen wolle. Ob der Bruder die Absicht ausgeführt hat, ist hier nicht bekannt.

### Kunstmaler Graf Kalckreuth gestorben.

● **Harburg-Wilhelmsburg**, 1. Dez. Im Alter von 73 Jahren ist heute abend in Eddelsen im Landkreise Harburg der Kunstmaler Graf Kalckreuth einem Gehirnschlag erlegen. Der Verstorbene war Vorsitzender des Deutschen Künstlerbundes.

### Der Typhus in Lyon.

× **Lyon**, 1. Dez. Heute sind 48 neue Typhusfälle zu verzeichnen. Hierzu kommen 190 verspätet angemeldete Fälle. Im ganzen sind bisher 1757 Personen erkrankt. Nicht weniger als 140 Aerzte, Krankenpfleger bezw. Krankenschwestern der Krankenhäuser, in denen Typhuskranke untergebracht sind, wurden angesteckt.

### Bombenattentat in Australien.

◆ **Melbourne**, 2. Dez. In der vergangenen Nacht ist im griechischen Klub eine Bombe explodiert, wobei 15 Personen verletzt worden sind. Die Polizei hat fünf Verdächtige verhaftet.

### Schweres Flugzeugunglück.

◆ **Spur** (Texas), 2. Dez. Ein dreimotoriges Flugzeug, das von San Antonio nach Denver unterwegs war, ging gestern abend in Flammen auf und stürzte ab. Dabei fanden fünf Personen den Tod, unter ihnen ein Millionär aus Denver und der Besitzer des Flugzeuges. Die Leichen waren bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.